

* Der Wiener Stadtrat und die Spielplätze für Kinder. Die Arbeiter-Zeitung hat vor einigen Tagen berichtet, daß dem Arbeiterverein „Kinderfreunde“ vom Stadtrat ein Spielplatz an der Mollardgasse überlassen wurde. Die Nachricht war in dieser Form unzutreffend. Wie jetzt die Ratshauskorrespondenz berichtend mitteilt, geht der Beschluß dahin, daß der Platz, um den die „Kinderfreunde“ angesucht haben, dem Verein zur Pflege des Jugendspiels überlassen wurde. Diesem Verein ist nur die Zusage abgenommen worden, die Kinder der Knabenhorte und der „Kinderfreunde“ an seinen Spielen teilnehmen zu lassen. In dieser Form ist der mitgeteilte Beschluß für die „Kinderfreunde“ wertlos. Die „Kinderfreunde“ betreiben aus erzieherischen Gründen vor allem geregelte Spiele. Sie haben eigene Spielleiter ausgebildet und werden den Einfluß auf die Art der Beschäftigung der ihnen unterstellten Kinder nicht preisgeben. Da auch die Knabenhorte beigezogen sind, könnten mit den Kindern Übungen unternommen werden, die in den Erziehungsplan der „Kinderfreunde“ nicht passen, und die „Kinderfreunde“ hätten keine Möglichkeit, sich dagegen zu wehren. Die „Kinderfreunde“ sind eine Vereinigung der Eltern zu dem Zweck, gemeinsam das zu vollbringen, was die einzelnen Eltern nicht können, weil ihnen dazu Zeit, Geld, Erfahrung und pädagogisches Geschick fehlten. Aus ihrer Gesamtheit ist aber alles das herauszuholen und der Gesamtheit der Kinder zuzuführen möglich. Darum kommt auch der Beschluß des Stadtrates einer Abweisung gleich. Die Proletariater Eltern wünschen ihre Kinder so zu erziehen, wie sie es für gut halten. Es wäre natürlich leicht, eine Vereinbarung zu treffen, wonach die „Kinderfreunde“ an bestimmten Tagen und zu bestimmten für das Spiel geeigneten Stunden den Platz benützen könnten. Aber schon seit mehreren Wochen weigert sich der Jugendspielverein, ein solches Abkommen zu treffen. Da nun durch den Stadtratsbeschluß den „Kinderfreunden“ doch ein Recht auf Mitbenützung des Platzes zugestanden ist, wird hoffentlich der Jugendspielverein so viel Entgegenkommen zeigen, die Benützung in einer Form zu ermöglichen, die für den anderen Verein nicht wertlos ist. Die Gemeindeverwaltung müßte eine dahingehende Vereinbarung schon darum fördern, weil sie bisher in Mariahilf für einen öffentlichen Spielplatz nicht gesorgt hat.